

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

April 2026

hauptstadt magazin



HJAV-Wahlen



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

endlich tut sich etwas im Gewaltschutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes: Mit Hinweisen zu der dafür vorliegenden Rahmendienstvereinbarung (RDV Gewaltschutz) verpflichtet die Senatsverwaltung für Finanzen alle Berliner Dienststellen, ein Gewaltschutzkonzept aufzustellen und auf dem Laufenden zu halten. Besonders in die Pflicht genommen werden in diesem Zusammenhang die Führungskräfte, die diese wichtige Aufgabe nicht vernachlässigen dürfen.

Die unendliche Geschichte über die jahrelang zu niedrige bemessene Bezahlung der Berliner Beamtinnen und Beamten ist auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts offenbar noch lange nicht zu Ende. Bis es zu Nachzahlungen kommt, kann es wegen des Verwaltungsaufwands Jahre dauern, ließ der Finanzsenator wissen. Ein unerträglicher Zustand, kritisiert der dbb berlin, der durch die Unzahl von individuellen Widersprüchen zu Besoldungsfestsetzungen verursacht wird.

In die bevorstehenden HJAV-Wahlen geht der dbb berlin mit sechs kompetenten und sehr engagierten jungen Kolleginnen und Kollegen auf der Liste „dbb jugend – Zukunft ist kein Zufall“. Wir hoffen auf große Unterstützung für ihre sachbezogene Arbeit für die junge Generation im Landesdienst.

Weitere interessante Themen dieser Ausgabe sind die Hundestaffel im Justizvollzug, die Arbeit des in Berlin ansässigen Bundesnachrichtendienstes sowie ein neuer „Grieche“ im gastronomischen Angebot der Hauptstadt. Eine Kostprobe ihrer Küche hat die Taverna Hellas für den Gewinner unseres aktuellen Preisrätsels ausgelobt.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

Dienststellen sind zu aktivem Gewaltschutz verpflichtet	4
Unrecht nicht weiter zementieren!	5

Jugend- und Auszubildendenvertretung

dbb jugend wählen!	6
--------------------	---

Justiz

Geändertes Strafvollzugsgesetz im Rechtsausschuss	7
Hundestaffel wächst	8

Schulen

Haftstrafen für Deepfake-Pornografie gefordert	10
Über 50 Prozent mit Gymnasialempfehlung	10

Bundesnachrichtendienst

BND setzt auf mehr Transparenz	11
--------------------------------	----

Unterhaltung

Taverna Hellas	13
Preisausschreiben	15

Verschiedenes

Wohnungsangebot für Nachwuchskräfte	16
Neuausrichtung der Zivilen Verteidigung	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: © dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Dienststellen sind zu aktivem Gewaltschutz verpflichtet!

Alle Berliner Dienststellen sind verpflichtet, ihre Beschäftigten mit wirksamen Maßnahmen vor Gewalt von außen zu schützen. Das hat die Senatsverwaltung für Finanzen mit Umsetzungshinweisen zur Rahmendienstvereinbarung zum Schutz der Beschäftigten vor externer Gewalt im Berliner Landesdienst (RDV Gewaltschutz) klargestellt. Durch diese Verpflichtung soll endlich in allen Dienststellen des Landes ein besserer Schutz der Beschäftigten vor verbalen und tätlichen Angriffen gewährleistet werden.

Höchste Zeit, wenn man bedenkt, dass die vom dbb berlin initiierte Gemeinsame Erklärung gegen Gewalt bereits Mitte 2021 (!!!) vom damaligen Regierenden Bürgermeister und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unterzeichnet worden ist und seit diesem Zeitpunkt die Übergriffe gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes deutlich zugenommen haben. Wie deutlich lässt sich allerdings nicht konkret angeben, weil leider nie umfassend dokumentiert worden ist.

Zentrale Dokumentation

Dazu bedurfte es erst eines Machtworts des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner an Innensenatorin Iris Spranger, dass die in ihrem Haus angesiedelte zuständige Landeskommision Berlin gegen Gewalt (LK) die Vorfälle zentral erfassen soll.

Die jetzt von der Senatsverwaltung für Finanzen gegebenen Hinweise sind wichtig, weil sie verhindern, dass die Ziele der Rahmendienstvereinbarung in den einzelnen Dienststellen womöglich „versanden“ oder als nachrangig betrachtet werden. Wörtlich heißt es dazu in dem Papier: „Die RDV Gewaltschutz stellt eine verpflichtende Handlungsgrundlage für die Dienststellen zum Umgang mit extern verursachten Gewalttaten dar.“ Die Dienststellen sind deshalb verpflichtet, ein Gewaltschutzkonzept zu erarbeiten und umzusetzen, das die Handlungsfelder Prävention

(Handeln vor einem Gewaltfall), Intervention (Handeln im Gewaltfall) und Nachbetreuung (Handeln nach einem Gewaltfall) umfasst und regelmäßig zu überprüfen beziehungsweise zu aktualisieren ist.

Führungskräfte in der Verantwortung

Eine besondere Verantwortung weisen die Hinweise der Senatsverwaltung den Führungskräften zu, die im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht für den Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Gewalt am Arbeitsplatz zu sorgen haben. Sie werden verpflichtet, in ihrer Dienststelle für ein Gewaltschutzkonzept mit geeigneten Mindeststandards zu sorgen und die Beschäftigten entsprechend zu informieren.

Vorrangige Prävention

Herausragende Bedeutung wird der Gewaltprävention in den Hinweisen beigemessen, wozu auch die Vermittlung der Gewaltschutzkonzepte an die Beschäftigten zu zählen sei, weil überhaupt nur so die vorgesehenen Maßnahmen im konkreten Gewaltfall angewendet werden können.

Gewaltprävention, heißt es in den Hinweisen ausdrücklich, ist immer erforderlich und nicht erst, wenn bereits ein konkreter Gewaltfall eingetreten ist. Sie ist die wichtigste Maßnahme, Gewaltfälle mit geeigneten Schutzmaßnahmen bereits im Vorfeld zu ver-

hindern, wobei die konkrete Umsetzung naturgemäß von den Gegebenheiten in der Dienststelle abhängt. Für eine wirksame Prävention ist es deshalb unabdingbar, dass jede Behörde die für sie sinnvollsten Einzelmaßnahmen gezielt miteinander kombiniert.

Aber auch die im Gewaltfall konkret zu veranlassenden Interventionsmaßnahmen für von einem Gewaltereignis betroffene Beschäftigte wie medizinische Erstversorgung oder erforderlichenfalls psychologische Erstbetreuung müssen sich aus dem dienststellenspezifischen Gewaltschutzkonzept ergeben ebenso wie die rechtliche Unterstützung bei der Nachbetreuung.

dbb berlin war Initiator

Den Stein in Sachen Gewaltschutz hatte der dbb berlin bereits 2020 ins Rollen gebracht und beim damaligen Innensenator Andreas Geisel eine Grundsatzerklärung eingefordert, um die wachsenden Bedrohungen und Übergriffe gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einzudämmen. Was folgte, war zunächst ein unerträgliches Zuständigkeitsgerangel zwischen den Senatsverwaltungen, das der dbb berlin aber mit einer Intervention beim damaligen Regierenden Bürgermeister Michael Müller beenden konnte. Im Juni 2021 war es dann so weit: Die eingeforderte Grundsatzerklärung wurde

vom Senat, dem dbb berlin und dem DGB Berlin-Brandenburg unterzeichnet.

Leider sollte noch jahrelanges Behördenpingpong folgen, bis endlich auch eine entsprechende Rahmendienstvereinbarung und jetzt auch die Handlungshinweise der Senatsverwaltung für Finanzen unter Dach und Fach waren.

„Nun ist das Werk vollbracht“, freut sich dbb Landeschef Frank Becker. „Der dbb berlin ist – auch wenn es eines sehr langen Atems bedurfte – stolz, mit seiner damaligen Initiative letztendlich dafür gesorgt zu haben, dass Gewaltvorfälle verfolgt und auch dokumentiert werden. Wichtig ist jetzt, dass die Dienststellen – insbesondere die Dienststellenleiter – die Rahmendienstvereinbarung zum Wohle aller Beschäftigten in der Berliner Verwaltung mit Leben erfüllen. Konkret heißt das: null Toleranz bei Gewalt gegenüber den Beschäftigten des Landes Berlin und Ausbau einer Kultur der Gewaltfreiheit.“

Mitgliederinfo geplant

Der dbb berlin misst der Realisierung der verpflichtenden Hinweise eine sehr hohe Bedeutung für die erfolgreiche Abwehr der Gewalt gegen die Beschäftigten zu und wird sie seinen Mitgliedern deshalb in Kürze in einer Broschüre zur Verfügung stellen. ■

Unteralimentation

Unrecht nicht weiter zementieren!

„Genug ist genug“, empört sich der Berliner dbb Landeschef Frank Becker, weil die jahrelang um ihr grundgesetzlich zugesichertes Einkommen geprellten Berliner Beamtinnen und Beamten jetzt womöglich Jahre auf Ausgleichszahlungen warten sollen.

Finanzsenator Stefan Evers hatte im Tagesspiegel (Ausgabe vom 24. Februar 2026) ausgeführt, dass Jahre vergehen dürften, bis individuelle Nachzahlungen nach Auswertung von etwa 100.000 Einzelwidersprüchen und den anschließenden Neuberechnungen möglich seien.

dbb Landeschef Becker: „Nach jahrelanger, bewusst von der Politik fortgesetzter Unteralimentation fehlt uns jedes Verständnis für weitere Verzögerungen. Gerechtigkeit sieht ohnedies anders aus als das vorgesehene Verfahren, das mit maximalem bürokratischem Aufwand neue Konflikte, gerichtliche Auseinandersetzungen und Frustrationen schaffen wird. Nicht nur weil eine Vielzahl geschädigter Beamtinnen und Beamten, die im Vertrauen auf Recht und Gesetz keine Widersprüche eingelegt haben, leer

ausgehen soll, sondern auch weil offenbar Widersprüche auf dem Behördenweg verloren gegangen sind.“

Becker warnte den Berliner Senat davor, wieder auf Zeit zu spielen und das bereits außerordentlich strapazierte Vertrauensverhältnis zu den Landesbeamten weiter zu zerrütten.

Schließlich ist auch der notwendige Personaleinsatz für die geplante Auswertung der zahllosen Widersprüche, die offenbar auch noch teilweise in Ämtern und Behörden schlummern, nach Feststellung des dbb Landeschefs in Zeiten äußerst knapper personeller Ressourcen unvertretbar. ■



HJAV-Wahlen!

dbb jugend wählen ...

... denn „Zukunft ist kein Zufall“. Und bei den HJAV-Wahlen vom 15. April bis 31. Mai dieses Jahres können die jungen Beschäftigten (unter 18 Jahre), alle Auszubildenden und die Anwärterinnen und Anwärter im Berliner Landesdienst mit ihrer Stimme für die Kandidatinnen und Kandidaten des dbb berlin dafür sorgen, dass die Wahrung ihrer Interessen nicht dem Zufall überlassen bleibt.

Denn fünf in JAV-Gremien bereits erfahrene und außerordentlich engagierte junge dbb Mitglieder treten zusammen mit einer nicht minder kompetenten Auszubildenden zur HJAV-Wahl an:

1. Steueroberinspektorin **Anne-Cathrin Horak** hat sich bereits ausführlich in der März-Ausgabe des hauptstadt magazin vorgestellt und ist entschlossen, weiterhin für Anwärter und Auszubildende über den Tellerrand zu schauen.
2. Auch der Polizeimeister **Robin Hermann** weiß bereits aus dem Gesamtpersonalrat, wie der Hase läuft. Für junge Dienstkräfte ist er jederzeit ansprechbar – sogar abends und am Wochenende!
3. Steuerinspektor **Maximilian Hundsdörfer** will – wie alle auf der dbb Liste 2 – die Probleme und Themen angehen, die sich nur in Zusammenarbeit mit dem ganzen öffentlichen Dienst lösen lassen.
4. Für Polizeikommissaranwärter **Alexander Rohr** gehören Ausbildungsdefizite noch zum beruflichen Alltag. Jetzt sollen alle jungen Landesbeschäftigten von seinen Erfahrungen und den angestrebten Veränderungen in der Ausbildung profitieren.
5. Steuerinspektorin **Catalia Lachenmeir** ist fest entschlossen, ihr in der Mitbestimmungsarbeit erworbenes Wissen, ihre Erfahrungen und Kontakte nicht brachliegen zu lassen, und will verwaltungsübergreifende Probleme lösen helfen.

6. **Laura Siehl** steht auch noch in der Ausbildung, und zwar zur Verwaltungsfachangestellten. Sie weiß deshalb besonders gut, wo während der Ausbildung der Schuh drückt und was sich ändern muss.

Für bessere Ausbildungsbedingungen

Alle dbb Kandidatinnen und Kandidaten haben sich eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen, sei es in der Wohnungsfürsorge, beim BVG-Ticket oder bei den Ausbildungsmodalitäten selbst auf die Fahnen geschrieben: „Praxisbezug, Qualität, Betreuung, mehr Transparenz und Kommunikation zwischen Leitung und Auszubildenden“, fordert Robin Hermann.

„Azubi-Wohnen muss möglich sein“, bringt Max Hundsdörfer die desolate Mietsituation auf den Punkt. Für die Ausbildung selbst sind ihm kompetente, didaktisch und pädagogisch gut geschulte Praxisanleiter und Dozenten sowie eine gute Lernumgebung wichtig

Als Sprachrohr der Anwärter und vielleicht auch als „Kummerkasten“ sieht sich Catalina Lachenmeir. Die Jugendvertretung muss ihrer Ansicht nach auch für die Gleichberechtigung aller Anwärter und Auszubildenden sorgen.

Schließlich darf man auch die Sicherung der inklusiven Ausbildung in diesem Zusammenhang nicht aus dem Blickfeld verlieren. ■

Änderung Strafvollzugsgesetz

Goiny: Auf die Umsetzung kommt es an!

Der Vorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, der zugleich stellvertretender dbb Landesvorsitzender ist, hat bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses betont, dass die Qualität von Gesetzen entscheidend von ihren praktischen Umsetzungsmöglichkeiten abhängt.

Goiny, der am 25. März 2026 als Sachverständiger zu den Beratungen über den Entwurf des Berliner Strafvollzugsgesetzes vor den Ausschuss geladen war, gab zu bedenken, dass nur mit ausreichendem und gut geschultem Personal sowie einer entsprechenden Mittelausstattung die vorgesehenen Resozialisierungsziele erreicht werden können.

Das betreffe insbesondere den wichtigen Ausbau der betreuungstechnischen Werkstätten, die modulare Ausbildung und die Stärkung der Arbeitsbetriebe. Die Erfahrung habe gezeigt, dass gerade die tägliche, sinnvolle Beschäftigung neben der schulischen Qualifizierung der wichtigste Grundbaustein im Bereich der Resozialisierung ist.

Mangelhafter Katastrophenschutz

Besorgt äußerte sich Goiny über die unzulängliche Notfallversorgung in den Justizvollzugsanstalten. Sowohl die Coronapandemie als auch der Stromausfall in der Teilanstalt Düppel hätten dringenden Handlungsbedarf bei unvorhersehbaren Vorfällen aufgezeigt. Auch wenn dank des improvisierten und sehr umsichtigen Einsatzes der Beschäftigten bisherige Notfälle gemeistert worden seien, müsse der Justizvollzug grundsätzlich in den Katastrophenplan aufgenommen werden. Bislang fehle es an zuverlässiger Vorsorge in Krisen- und Katastrophenfällen, zu der beispielsweise Testläufe mit Notstromaggregaten, Sicherheits- und Ablaufpläne für die Beschäftigten wie auch Evakuierungsübungen in den Anstalten gehörten.

Eine übergreifende, bundesweite Initiative regte Goiny schließlich wegen der steigenden Zahl psychisch auffälliger und drogenabhängiger Inhaftierter an. Die aktuellen bundesrechtlichen Maßnahmen berücksichtigten diese steigenden Fallzahlen nicht. Anpassungen seien erforderlich.



Thomas Goiny und der Vorsitzende des Personalsrats der JVA Heidering, Björn Ritter-Schlegel, nach der Sitzung des Rechtsausschusses (von links)

© Annemarie Wellige

Goiny verwies in diesem Zusammenhang auf den ständigen Einsatz gegen Drogen und Handys in den Vollzugsanstalten. Hier habe der Rechtsausschuss einen wichtigen Anteil an der Verbesserung im Vollzug gehabt.

BVerfG-Urteil verlangte Gesetzesänderung

Die Neuordnung des Berliner Strafvollzugsgesetzes geht auf ein im vergangenen Jahr veröffentlichtes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurück, wonach die Vergütung für Inhaftierte zu gering ist. Berlin hat die dazu notwendige Gesetzesänderung zum Anlass genommen, weitergehende Bestimmungen in den Entwurf aufzunehmen. Grundsätzlich soll der Vollzug von Beginn an auf die Eingliederung in das Leben in Freiheit ausgerichtet sein. So wird der offene Vollzug für Personen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, zur „Regelvollzugsform“ angestrebt. Auch die Zusammenarbeit beim Übergang von der Haft in die Freiheit soll verbessert werden. ■

Justizvollzug

Hundestaffel wächst

Der Berliner Justizvollzug freut sich über den Ausbau seiner Hundestaffel um die beiden Diensthunde Elli und Limited. Diese zwei Spürnasen sind in der Lage, Datenträger, wie Handys, USB-Sticks oder externe Festplatten, zu wittern, und sind damit in den Justizvollzugsanstalten besonders wertvolle Helfer.

Denn allein im vergangenen Jahr wurden in diesem Bereich etwa tausend illegal eingeschleuste Mobiltelefone sichergestellt, betonte Justizsenatorin Felor Badenberg bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung der beiden justizeigenen Datenträgerspürhunde.

Möglichkeit zu krimineller Betätigung

Es liegt auf der Hand, warum Datenträger im Vollzug nicht erlaubt sind: Speziell Handys bieten breite Möglichkeiten zu kriminellen Betätigungen, wie illegalen Geschäften aller Art, Verabredung von Fluchtplänen oder auch Bedrohungen von Opfern. Speziell kleine USB-Sticks, in Alltagsgegenständen versteckt, bleiben bei Haftraumkontrollen durch die meist unter Zeitdruck arbeitenden Vollzugsmitarbeiter häufig unentdeckt, sehr zum Schaden für die allgemeine Sicherheit.

Beachtliche Präventivwirkung

Ihre erste Bewährungsprobe haben die beiden speziell ausgebildeten Belgischen Schäferhunde (Malinois), die anstaltsübergreifend arbeiten, schon bestanden und einige verbotene Gegenstände in den JVA's erschnüffelt. Nicht zu unterschätzen ist auch die Präventivwirkung, die schon von ihrer Präsenz ausgeht, betonte die Justizsenatorin.

Wie es überhaupt möglich ist, dass die Vierbeiner Datenträger, die kaum Eigengeruch aufweisen, aufspüren können, ist unklar. Fest steht aber, dass diese Arbeit für die Tiere deutlich anstrengender ist als die der ebenfalls justizeigenen beiden Drogenspürhunde, die es mit sehr viel stärkeren Gerüchen zu tun haben. Datenspürhunde könnten deshalb auch nicht so oft eingesetzt werden. „Am Ende der Wo-



che nimmt die Leistungskurve denn wie bei Menschen auch ab“, erläutert einer der Hundeführer.

Positive Erfahrungen

Ausgesucht und ausgebildet wurden Elli und Limited in Nordrhein-Westfalen, das bereits über viel Erfahrung auf diesem Gebiet verfügt und ebenso wie die Bundesländer Hessen, Brandenburg und Baden-Württemberg gute Resultate mit dem Einsatz der Hunde gesammelt hat. Ebenfalls dort geschult wurden auch die beiden Hundeführer, in deren Haushalt die Tiere auch leben, das heißt, Elli und Limited sind in das Leben der Diensthundeführer voll integriert.

Mit den schon seit Ende 2024 in den Berliner JVA's arbeitenden Drogenspürhunden, „Ria“ und „Tara“, hat sich die justizeigene Hundestaffel jetzt auf vier verdoppelt. Zwei weitere Spürnasen, Nino, der ebenfalls Datenträger erschnüffelt, und ein weiterer Drogenspürhund, stehen kurz vor ihrem Einsatz.

BSBD: Wichtige Maßnahme

Der BSBD Berlin als die zuständige Fachgewerkschaft im Justizvollzug wertet den Einsatz der Hunde als wichtige Maßnahme gegen den Drogenkonsum und



das Einschmuggeln von Elektrogeräten in die Vollzugsanstalten. Wichtig sei es, wie die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, den Spürhunden Zeit einzuräumen, um sich den Gegebenheiten in den Anstalten anzupassen und auch um zu lernen.

„Der Kampf gegen illegal eingebrachte Stoffe und Gegenstände hört nie auf. Daher sind die Hunde eine extrem wichtige Möglichkeit, hiergegen vorzugehen“, äußert sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, zur Verstärkung der Hundestaffel im Justizvollzug. ■

Haftstrafen für Deepfake-Pornografie gefordert

Der VBE Berlin fordert die Politik zum konsequenten Handeln gegen Deepfake-Pornografie, Identitätsdiebstahl und sexualisierte Gewalt im Internet auf. Der Bildungsgewerkschaft sind einige Fälle bekannt geworden und es wird befürchtet, dass es sich dabei nur um die Spitze des Eisbergs handelt.

Die Täter sind Mitschüler, Studenten, Kollegen und manchmal auch Eltern. Nach Feststellung des VBE Berlin gebe es zu wenig Handlungsmöglichkeiten, um diese Taten, insbesondere im schulischen Kontext, zu ahnden, so der VBE Berlin. Statt Verboten von Smartphones und Social Media für Jugendliche, fordert die Gewerkschaft konsequente Medienpädagogik und Präventionsarbeit an Schulen.

Auch die Politik ist aufgefordert, konsequent zu handeln und Deepfake-Pornografie, die ein schweres Verbrechen mit lebenslangen schlimmen Konsequenzen für die Opfer ist, mit Freiheitsstrafen nicht unter drei Jahren zu ahnden. Auch den Plattformen, die solche Deepfakes verbreiten, sei hoher Schadensersatz aufzuerlegen.

Über 50 Prozent mit Gymnasialempfehlung

Mehr als die Hälfte der Berliner Schülerinnen und Schüler erhalten eine Gymnasialempfehlung. Voraussetzung dafür ist, dass ihr Notendurchschnitt in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache am Ende der 5. Klasse und im Halbjahreszeugnis der 6. Klasse nicht höher als 2,3 liegt. Die Kernfächer sind Qualifikationsgrundlage, damit die Schüler dem Unterricht am Gymnasium folgen können und nicht überfordert werden.

Weitere circa 1,2 Prozent, die dieses Ziel nur knapp verfehlt haben, dürfen an einem Probeunterricht teilnehmen, stellt der stellvertretende phv-Vorsitzende von Berlin/Brandenburg, Ferdinand Horbat, klar, nachdem teilweise der falsche Eindruck entstan-

den war, nur dieser geringe Prozentsatz hätte eine Gymnasialempfehlung erhalten. Die Ergebnisse des Probeunterrichts zeigten allerdings, dass nur sehr wenige im zweiten Anlauf die Qualifikation doch noch nachweisen konnten, ein Zeichen für verlässliche Prognosen der Grundschulen. ■





BND setzt auf mehr Transparenz

Der größte deutsche Behördenneubau der Nachkriegszeit liegt in Berlin-Mitte und beherbergt die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND). Mit dem Umzug von Pullach in die Hauptstadt zwischen 2014 und 2019 ist die Mammutbehörde mit circa 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin (und rund 2.500 an weiteren Standorten und im Ausland) der Bundesregierung und damit ihrem Auftraggeber nahe gerückt. Zugleich setzt sie seitdem auf mehr Transparenz in der Öffentlichkeit.

Aufgeräumt wird auf diese Weise mit allen möglichen falschen Klischeevorstellungen, die über die Tätigkeit der Behörde in der Bevölkerung kursieren.

Kein Geheimdienst

Der BND ist kein Geheimdienst, vermittelt eine jedermann zugängliche hauseigene Ausstellung den Besuchern, und schon gar kein Ort, an dem James-Bond-Fantasien Wirklichkeit werden. Er zettelt weder Sabotageakte an, noch räumt er kurzerhand missliebige Menschen aus dem Weg. Die Wahrheit sieht sehr viel nüchterner aus und bietet auch keinen Anlass zu Ressentiments: Aufgabe des Amtes ist es, für die Bundesregierung relevante Nachrichten aus dem Ausland zu sammeln und auszuwerten. Dabei handelt es sich allerdings vorrangig um Hintergrundinformationen, die das Ausland selbst nur ungern preisgibt, die aber durchaus entscheidungsrelevant für die deutsche Politik sein können. Versteht sich von selbst, dass derartige Recherchen und Erkenntnisse des BND ebenso wenig an die große Glocke gehängt werden können wie Erfolge des Dienstes. Sollen sie ihren Wert nicht verlieren, muss die Transparenz hier zwangsläufig aufhören. Auch der Schutz der Informanten setzt Vertraulichkeit voraus.

Zahlreiche Kontrollmechanismen

Umso wichtiger sind funktionierende Kontrollmechanismen, und der Dienst- und Fachaufsicht des

Bundeskanzleramtes unterstellte BND unterliegt gleich einer Vielzahl von Kontrollen durch mehrere parlamentarische und andere Gremien.

Fokus auf Ukraine und Nahost

Gegenwärtig stehen die Entwicklung im Ukraine-Krieg und im Nahen Osten im besonderen Fokus der Beobachtungen, aber auch die organisierte Kriminalität, die illegale Migration oder der internationale Terrorismus spielen nach wie vor eine große Rolle. Wenn beispielsweise im Hamburger Hafen eine große Ladung Rauschgift auffliegt oder punktuell Großrazzien auf Terroristen stattfinden, darf man gewöhnlich davon ausgehen, dass es zuvor Hinweise des BND gegeben hat. Seine Informationen verschafft sich der BND auf ganz verschiedenen Wegen, so etwa per Satellit, auf elektronischem Wege, über offene Quellen wie Presse und Internet oder auch durch menschliche Informanten. Darüber hinaus bestehen Kontakte zu Nachrichtendiensten in über 160 Staaten.

Heer von Spezialisten

Für die Auswertung der Nachrichten beschäftigt der BND ein ganzes Heer von Spezialisten: Historiker, Techniker, Juristen, IT-Experten, Chemiker, Physiker, Menschen mit Kenntnissen in Fremdsprachen, die nicht im Schulunterricht vermittelt werden, und sehr viele andere mehr überprüfen und bewerten die Daten.

Das Arbeitsergebnis des Dienstes kann sich sehen lassen: Dazu zählen allein rund 5.000 Meldungen am Tag, monatlich werden 750 Anfragen der Bundesregierung beantwortet und im selben Zeitraum 150 Fachbriefings erstellt. Unterrichtet werden alle Ressorts der Bundesregierung, am interessantesten sind die BND-Erkenntnisse aber natürlich für das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und die Bundesministerien der Verteidigung, des Innern, für Wirtschaft

und Energie sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ■

Mehr Infos auf der Homepage bnd.bund.de
und in der interaktiven Ausstellung im
Besucherzentrum des BND
Chausseestraße 99 a
Geöffnet: Dienstag bis Freitag, 10 bis 17 Uhr

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Verfassungstreue ist wesentliches Eignungsmerkmal



Das OVG Berlin-Brandenburg hat die Verfassungstreue als wesentliches Eignungsmerkmal des Berufsbeamtentums bekräftigt. Beamte, die während ihrer Ausbildung im Beamtenverhältnis auf Widerruf stehen, könnten deshalb jederzeit entlassen werden, wenn sie sich nicht durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

Die Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg habe zwei Polizeikommissaranwärter aufgrund von Zweifeln an ihrer Verfassungstreue zu Recht entlassen, entschieden die Richter mit Beschlüssen vom 25. März 2026 (OVG 4 S 7/26 und OVG 4 S 8/26).

Aufgrund einer Reihe von Aussagen von Lehrkräften beziehungsweise Anwärterkollegen war die Verfassungstreue der beiden Beamten bezweifelt worden. Die Zeugen hätten verfassungsfeindliche Äußerungen der beiden Beamten überzeugend dargelegt.

Die Beschwerden der Betroffenen wies nun das Oberverwaltungsgericht zurück. Den Beamten müsse nicht mehr die Ablegung der Abschlussprüfung ermöglicht werden, wenn ihre weitere Verwendung im Polizeidienst mangels Eignung nicht in Betracht komme. Für eine Entlassung reichten bereits begründete Zweifel des Dienstherrn an der Verfassungstreue aus. ■



Taverna Hellas

Landestypisch speisen und sich wohlfühlen!

Seit 1. Januar dieses Jahres hat die Taverna Hellas in der Wilmersdorfer Güntzelstraße neue Betreiber, was dem schon über 30 Jahre bestehenden griechischen Lokal ausgesprochen gut bekommen ist. Vater und Sohn, Georgios und Panagiotis Varsamas, sind die Neuen, die ihre Gäste nicht nur mit unverfälscht griechischen Speisen verwöhnen, sondern auch allergrößten Wert auf das Wohlbefinden ihrer Kundschaft legen.

Vater wie Sohn sind ausgesprochen kontaktfreudig und nehmen sich gern Zeit für persönliche Gespräche mit ihren Gästen. Im Kiez hat das schon nach kürzester Zeit großen Beifall gefunden, wie eine dort ansässige Whatsapp-Gruppe anerkennend gepostet hat.

Unverfälschte griechische Küche

Auch die Speisen, die verstärkt griechische Nuancen aufweisen und nicht durch Anpassung an deutsche Essgewohnheiten verfremdet worden sind, finden großen Anklang. Die Speisekarte wird





Vater und
Sohn: Georgios
und Panagiotis
Varsamas

allerdings gegenwärtig überarbeitet und soll noch mehr auf „Klasse“ anstatt auf „Masse“ ausgerichtet werden als beim Vorbesitzer. „Weniger Gerichte mit deutlicheren griechischen Akzenten“, bringt Georgios die Zielrichtung auf den Punkt. An den moderaten Preisen soll dabei aber nicht gerüttelt werden. „Wir wollen hier nicht reich werden, sondern den Menschen die griechische Lebensart näherbringen“, unterstreicht Georgios und zeigt sich entschlossen, auch die neuen Steuervorteile für die Gastronomie seinen Gästen zugutekommen zu lassen.

Überzeugende Qualität

Von Wohlgeschmack und Qualität der in der Taverna Hellas angebotenen Speisen konnte sich das hauptstadt magazin bei einem Besuch vor Ort Anfang Februar selbst überzeugen: Schon die verkosteten gemischten Vorspeisen, u. a. mit Schafskäsevariationen, außerordentlich schmackhaftem Zaziki und einem vorzüglichen Pitabrot konnten überzeugen, ganz zu schweigen von dem Hauptgang mit zarten Lammspezialitäten, gereicht mit grünen Bohnen und Backkartoffeln.

Natürlich kommen auch Souflaki- und Gyrosfreunde in der Taverna auf ihre Kosten. Erwähnt sei nur eine mit Reismudeln und Käse überbackene Gyrosspezialität, die ebenfalls beim Besuch des hauptstadt maga-

zin serviert wurde. Als Angebot des Tages stand übrigens Dorade auf dem Speiseplan, d. h., auch an Fischgerichten fehlt es nicht, ebenso wenig wie an einer Auswahl vegetarischer Gerichte.

Erfahrene Gastronomen

Vater und Sohn Varsamas können auf langjährige gastronomische Erfahrung zurückblicken. Georgios entstammt nicht nur einer in den Niederlanden ansässigen griechischen Gastronomenfamilie, im Laufe seines Lebens hat er die verschiedensten Stationen dieses Gewerbes durchwandert, sogar als Offizierskellner auf einem im Mittelmeer kreuzenden Schiff. Und auch Panagiotis kennt das Gewerbe aus dem „Effeß“, sodass dem Erfolg des gemeinsamen Unternehmens, ein typisch griechisches Restaurant mit besonderem Wohlfühlcharakter zu führen, nichts im Wege steht. Auch die Räumlichkeiten passen dazu: Mit 70 Plätzen bleibt die Zahl der Gäste überschaubar und erlaubt persönlichen Kontakt. Zugleich ist es aber auch möglich, Feiern und Veranstaltungen mittlerer Größenordnung durchzuführen. Im Sommer lädt übrigens noch ein hübscher Außenbereich zum Verweilen ein.

Das hauptstadt magazin wünscht Vater und Sohn nach ihrem gelungenen Start weiterhin viel Erfolg.

Kontakt: <https://hellas-berlin.de/>

Grundlage, Fundament	kleines marderartiges Raubtier	morali-sche Reinheit	flüssiges Fett	Verkaufsschlager	abgeschaltet, nicht an	viel-farbig	aus-führen, verrich-ten	Punkt auf dem Spiel-würfel	poe-tisch: Frühling	erhöhter Platz für Redner	Hochruf	be-strafen
→	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Nacht-vogel	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
böse, schlimm	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
eine gerade Zahl	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Blut-gefäß	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
aus-sichts-reich, positiv	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
gefeierte Künst-lerin	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
Zahl-stelle	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘
zu der Zeit, während	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘

Unsere Gewinner

Richtig geraten und Schreibmappen gewonnen haben bei unserem März-Preisrätsel:

Eva Sauer, 10777 Berlin
 Meike Windeler, 13403 Berlin
 Thomas Thrun, 12109 Berlin

Das Lösungswort lautete „Primel“.

Die Taverna Hellas lädt ein!

Die Gewinnerin beziehungsweise der Gewinner unseres April-Preisausschreibens und eine Begleitperson werden Gäste der Taverna sein und mit Speisen und Getränken verwöhnt werden.

Raten Sie mit und schicken Sie die Lösung an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Einsendeschluss ist der 15. April 2026.

Der Gewinner wird im Losverfahren unter den richtigen Einsendungen ermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Danil Polikarpov

PREISRÄTSEL



Wohnungsangebot für Nachwuchskräfte in Mangelberufen

„HomeBase – Deine Ausbildung. Dein Zuhause. Dein Berlin“ heißt ein neues Wohnungsangebot für Auszubildende und dual Studierende, die im unmittelbaren Landesdienst in einem sogenannten Mangelberuf tätig sind beziehungsweise sich für eine Ausbildung in einem Mangelberuf interessieren.

Im Rahmen eines Pilotprojektes werden ab Juni dieses Jahres bis 2029 insgesamt 145 Apartments vorgehalten. Die monatliche Bruttowarmmiete pro Apartment wird rund 360 Euro betragen.

Ein Mangelberuf liegt vor, wenn die Quote unbesetzter Stellen 20 Prozent

oder mehr beträgt. In Berlin trifft das derzeit zu auf:

- > Verwaltungsfachangestellte,
- > Arbeitsschutzoberinspektoranwärter,
- > medizinische Fachangestellte,
- > Dual-Wirtschaftsinformatik und
- > Dual-Bauingenieurwesen.

Neuausrichtung der Zivilen Verteidigung

Der Berliner Senat will angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen und der zunehmenden Bedrohung des NATO-Territoriums die Zivilverteidigungsstrukturen des Landes Berlins ertüchtigen.

Auf einer Sondersitzung am 17. März 2026 wurde dazu beschlossen, dass künftig in jeder Senatsverwaltung Beauftragte für die Zivile Verteidigung als zentrale Ansprechstellen dienen und eng mit dem Katastrophenschutz zusammenarbeiten sollen. Bestehende Geheimschutzinfrastrukturen sollen außerdem ertüchtigt, die Aus- und Fortbildung intensi-

viert und das Übungsvolumen größer angelegter Szenarien erhöht werden.

Ein neu entwickelter „Leitfaden Zivile Verteidigung“ definiert schließlich klare Zuständigkeiten und Schnittstellen innerhalb der Berliner Verwaltung, um beispielsweise die Versorgung der Bevölkerung im Krisenfall sicherzustellen. ■